

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Neue Formen der privaten Bauunternehmerfähigkeit

Produktionsgenossenschaften der Unternehmer

Die Sorge um unser Seelenheil läßt die Bauarbeiterverbände Westdeutschlands, nicht zur Ruhe kommen. Sie argumentiert so: Durch die Tätigkeit der Produktionsgenossenschaften werden selbständige Meisterverhältnisse ausgeschaltet. Die höchsten kirchlichen Autoritäten haben sich für die Erhaltung des selbständigen Meisterstandes ausgesprochen. Also ist den christlichen Arbeitern die Gründung von Produktionsgenossenschaften verboten. Einfach, nicht wahr?

Doch das Schicksal schreitet schnell. Es hat der „Bauzeitung“ einen Herzensfall bereitet, wie dieser nicht gedacht werden kann. Auch zur selben Zeit nämlich, in der die „Bauzeitung“ sich bemüht, von der moralischen Unerlaubtheit der Produktionsgenossenschaften zu überzeugen, erklärt der Syndikus des Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe zu Hamburg, Herr Dr. E. Delmonte, mit klaren Worten, gegen die Arbeitergenossenschaften, „vom Unternehmertum grundsätzlich nichts einzuwenzen werden kann“. So wörtlich zu lesen in der „Baurundschau“. Noch mehr. Herr Dr. Delmonte hält die Stellung des privaten Bauunternehmers für erschüttert und sieht die Rettung des privaten Baubetriebes ausschließlich nur noch in dem Zusammenschluß der Unternehmer zu — Produktionsgenossenschaften. Das ist etwas viel Schrecken auf einmal für den Moraltheologen der „Bauzeitung“, aber es kommt noch besser. Der Zusammenschluß der Unternehmer in der Genossenschaft wird nach Dr. Delmonte keineswegs allen Unternehmern die Erhaltung ihrer selbständigen Existenz sichern. Das Schicksal der Betroffenen läßt Herrn Dr. Delmonte schliefen. Sie mögen „dienende Glieder“ der Genossenschaft werden, sei es, daß sie geistig mitarbeiten oder „selbst wieder zum Werkzeug greifen als Polier oder einfacher Arbeiter“. Und: „Wenn er trotzdem verhungern will, so sei es ihm unbenommen“. Die witzigen interessanten Ausführungen des Herrn Dr. Delmonte sind auch für uns Bauarbeiter von erheblicher Bedeutung, weshalb wir sie in ihrem wesentlichen Teil nachstehend wiedergeben. Es steht zu erwarten, daß die „Bauzeitung“ darüber nun ganz den Verstand verliert, aber sei's drum; viel ist da ohnehin nicht mehr zu verlieren. Also Herr Dr. Delmonte schreibt:

Die Stellung des privaten Bauunternehmers ist erschüttert. Er wird dies erst dann fühlen, wenn das Reichsnotopfer bezahlt ist, wenn Kapitalertragssteuer, Erbschaftsteuer, Pflanzsteuer, Pflanzsteuer, die kommen wird, und vor allem die Einkommensteuer ihre Wirkungen ausüben werden. Noch glaubt keiner daran, daß die finanzielle Stärke des privaten Bauunternehmers dahin ist. Aber in Verbindung mit der zehn- bis fünfzehnfachen Verteuerung der Baustoffe und der achtfachen Erhöhung der Löhne wird man zu diesem Ergebnis kommen müssen. Eine weitere Belastung wird der privatwirtschaftliche Betrieb durch die kommende wirtschaftliche Organisation erfahren, die auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden und im Reichswirtschaftsrat ihre Spitze finden wird.

Zu diesen Maßnahmen tritt in neuester Zeit die geschäftliche Konkurrenz der Arbeitnehmer in der Form der Baugenossenschaften. Diese sind um so gefährlicher, als das Unternehmertum grundsätzlich nichts gegen sie einwenden kann. Ihre weitere Gefahr besteht in der Gewinnung von staatlicher Hilfe, gegen die z. B. in Hamburg das Unternehmertum sich vergeblich gewehrt hat. Diese Genossenschaften sind in großer Anzahl entstanden und haben gewaltige Geldmittel auch ohne Staatshilfe zur Verfügung. Die Aufbringung eines Sozialversicherungsbeitrages von 4 Mark die Woche und Kopf eines jeden Bauarbeiters ergibt bei 450 000 Baugewerklern fast 22 Millionen Mark im Jahre. Die gleiche Opferbereitschaft zeigt die Arbeiterchaft durch die Gründung und Finanzierung des Verbandes sozial-

ler Baubetriebe, für die 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt sind. Daß auf solcher Grundlage das Arbeitergenossenschaftswesen eine überaus ernste Gefahr für das private Baugewerbe bildet, brauche ich daher nicht besonders zu beweisen.

Soweit die subjektive Seite der Frage. Nicht viel günstiger liegt die objektive Seite. Sie setzt sich zusammen aus den Faktoren, Arbeiterbeschaffung, Auftragsbeschaffung, Baustoff- und Gerätebeschaffung und der Kreditbeschaffung.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Auftragswerbung und Beschaffung in der bisher üblichen Weise stattfinden wird. Das Baugewerbe wird dem Umstande Rechnung tragen müssen, daß das Wohnungswesen nur durch Massenherstellung behoben werden kann. Diese Arbeit wird nur in der Form großer Siedlungsunternehmungen geleistet werden können, die Vergabung wird organisiert werden und nur wirklich leistungsfähige Baubetriebe, die für die Kreditgewährung durch Reich, Länder und Gemeinden durchaus zuverlässig sind, können damit rechnen, daß sie beschäftigt werden.

Und wenn nun der private Baubetrieb wieder in Tätigkeit treten will, so muß er dies in neuen Formen tun. Ohne etwa behaupten zu wollen, daß die genossenschaftliche Betätigung im Baugewerbe das Allheilmittel ist — viele andere Dinge müssen noch hinzutreten — ist die Schaffung von Genossenschaften der Grundstein für den Wiederaufbau der Bauwirtschaft. Die Fragen der Beschaffung von Arbeitskräften, Aufträgen, Baustoffen und Geräten sowie Kredit können, da sie sowohl enorme Mittel erfordern, als auch großen Aufgaben nach Menge und Beschaffenheit zu dienen haben, nur durch gemeinsame Anstrengungen gelöst werden. Auf Unternehmensebene ist hierzu noch nichts geschehen; auf Arbeiterunternehmensebene jedoch ist bereits Großes geleistet worden. Wie lange will das private Baugewerbe noch warten? An die Großbetriebe kapitalistischer Art wird man vorerst nicht herangehen, aber die kleineren und mittleren Unternehmungen laufen Gefahr, überannt zu werden. Deshalb muß bei ihnen eingegriffen werden.

In Anlehnung an die wirtschaftlichen Organisationen des privaten Baugewerbes müssen bezirkliche Genossenschaften gebildet werden, die auch örtlichen Bedürfnissen dadurch Rechnung tragen können, daß eine große Genossenschaft eines Bezirkes in mehrere kleinere, die etwa örtliche Bezirke umfassen, eingeteilt wird. In den hamburgischen Verhältnissen würde also je eine Genossenschaft für Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg, Schiffbek, Pinneberg usw. in Frage kommen, die ihrerseits wieder einen genossenschaftlichen Verband mit dem Sitz in Hamburg bilden müssen. So soll es auch in den übrigen Bezirken des Reiches geschehen, und alle bezirklichen Genossenschaftsverbände wiederum müßten in einen zentralen Genossenschaftsverband mit dem Sitz in Berlin zusammengefaßt werden. Dies der organisatorische Unterbau.

Die Aufgaben der bezirklichen Genossenschaftsverbände sind dieselben, wie sie heute der privatwirtschaftliche Betrieb zu lösen versucht. Die Kreditbeschaffung als wichtigste aller Fragen würde bedeutend erleichtert werden. Auch Bankinstitute, die sich heute dem Kreditbedürfnis des privaten Bauunternehmers verschließen, wenn er nicht besondere Unterlagen oder besondere große Zuverlässigkeit bietet, würden sich wieder in den Dienst des privaten Baugewerbes auf genossenschaftlicher Basis stellen. Es ist klar, daß ein genossenschaftlicher Unterbau viel mehr Anspruch auf Kreditwürdigkeit hat als einzelne kleinere und mittlere Betriebe. Die Kredite würden zur Verfügung stehen für Baustoff- und Gerätebeschaffung, für Reklame, technische Neuerungen u. a. m., die ein einzelner Betrieb heute nicht mehr ausbringen kann. Und gerade die Frage der Baustoff- und Gerätebeschaffung bildet die Frage der Auftragswerbung spielt ja heute in bezug auf den Selbstpunkt eine so bedeutende Rolle, daß sie nur auf genossenschaftlicher Grundlage gelöst werden kann.

Die Zusammenlegung vieler Kleinbetriebe zu einem genossenschaftlichen Großbetrieb würde durch die Einbringung von Geräten, Maschinen, geistiger Arbeit und selbst körperlicher Beteiligung — und diese ist mit ein Hauptfordernis des genossenschaftlichen Zusammenschlusses — in der Lage sein, verhältnismäßig niedrige Geschäftskosten zu erzielen, weil sicherlich nicht daran zu denken ist, daß die Geschäftskosten der Genossenschaft die Summe der Geschäftskosten der einzelnen Betriebe auch nur im entferntesten erreicht. Freilich wird mancher bisher selbständige Unternehmer, der, wenn er auch gar nicht mehr für selbständige Unternehmertätigkeit in Frage kommt, wenn er auch keinerlei Aufgaben mehr zu erfüllen hat und keinen Auftrag mehr bekommt, sich nur schwer entschließen können, als dienendes Glied seiner eigenen Genossenschaft beizutreten, sei es, daß er hervorragende Kenntnisse für Kalkulation, Zeichnung, Buchführung oder in Baustoffen und der Bewertung von Maschinen und Geräten mitbringt oder daß er selbst wieder zum Werkzeug greift als Polier oder einfacher Arbeiter. Denn der Unternehmerstandpunkt erscheint ihm viel würdiger, auch wenn er dabei verhungert. Wenn er trotzdem verhungern will, so sei es ihm unbenommen. Wir legen jedenfalls daran, möglichst viele Existenzen vor der Vernichtung zu bewahren. Durch die genossenschaftliche Bindung wird somit auch die Arbeiterfrage eine gewisse Erleichterung erfahren. Voraussetzung ist dabei die Ansammlung eines genügenden Vermögens in der Weise, daß Gewinne zunächst keinesfalls ausgeschüttet werden dürfen, sondern wie bei den Arbeitergenossenschaften zurückgelegt werden. Diese Rücklagen sollen ebenfalls zentralisiert werden, sei es bezirklich, sei es auch in der Zentrale selbst, und dort zur Baustoff- und Gerätebeschaffung, etwa in der Form von Einkaufsgenossenschaften, die ebenfalls bezirklich und zentral zusammengeschlossen werden, dienen, ein Teil der Rücklagen soll einem technischen Forschungsinstitut, etwa der Forschungsgesellschaft für wirtschaftlichen Baubetrieb, zur Verfügung gestellt werden. Denn die Erzeugnisse dieses Instituts kommen dem Baugewerbe als Ganzem zugute. Auch an eigene derartige Institute kann gedacht werden. Dazu kommt noch ein Punkt, der gleichfalls von übertragender Bedeutung ist: Wenn die Genossenschaft der Unternehmer die Arbeitsteilung gut durchführt und die einzelnen Mitglieder sich den technischen und kaufmännischen Leitern willig unterordnen, dann haben sie den Arbeitergenossenschaften gegenüber ihre traditionelle Erfahrung, die langjährige praktische Betätigung und die überragende Unternehmerfähigkeit diesen voraus. Und sie können alsdann konzentriert unter organisiertem Austausch aller kaufmännischen, technischen, baukünstlerischen Erfahrungen, die sie machen, zu größter Blüte gelangen.

Für in der hier kurz angedeuteten Form von Genossenschaften wird das private Baugewerbe sich erhalten können, und es wird damit Aufgaben zu bewältigen imstande sein, die der einzelne Unternehmer heute nicht mehr zustande bringt. Es wird auf der einen Seite die große Bauindustrie geben, auf der anderen Seite die Maurer- und Zimmermeister, die lediglich Flickarbeit, Reparaturen und selten größere Bauten machen, in der Mitte wird eine Reihe von Baugesellschaften bestehen bleiben, die wohlhabenden Bauherren Willen u. dgl. bauen. Auch das Baugewerbe muß sich auf Massenherstellung einstellen. Das Wohnungsbedürfnis ist ein Massenbedürfnis geworden. Es wird allerdings auch Baugesellschaften geben, die Spezialarbeiten, wie z. B. Industriehäuser, herstellen, aber mit der zunehmenden gemeinwirtschaftlichen Betätigung der Industrie wird auch dieser Zweig mehr und mehr absterben.

Damit es dem Baugewerbe nicht so ergeht, damit das Unternehmertum, das in der Vergangenheit Großes geleistet hat, nicht verschwinde, sind neue Formen privatwirtschaftlicher Betätig-

zur Lebenshaltung notwendigen Waren werden von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, weit über das durch gesteigerte Produktionskosten gerechtfertigte Maß hinaus, in die Höhe getrieben. Der Mammonismus, die Sucht, möglichst ohne erhebliche Anstrengung große Vermögen zusammenzuschaffen, ist vielen Volksgenossen zur zweiten Natur geworden. Eine Rücksichtnahme auf das Elend der Mitmenschen, auf die Not der vielen Kriegskrüppel und Kriegshinterbliebenen, kennen sie nicht. Mühselos erwerben, brutal genießen ist modern. Nach unserer Ueberzeugung hätte die Regierung energischer und wirksamer gegen die Wucherer und Schieber einschreiten müssen, müssen andererseits aber auch eingestehen, daß in vielen Fällen Polizeimittel gegen diesen Mammongeist versagen, weil er schon zuviel Boden in unserem Volke gewonnen hat. Nur wenn der materialistische Zeitgeist durch eine idealistische, ethische Grundstimmung, die wir aus den Lehren des Christentums schöpfen, überwunden wird, werden wir zu einer Zufriedenheit erzeugenden Gemeinwirtschaft kommen. Verschert wäre es, inzwischen die Hände in den Schoß zu legen und willige Wucherobjekte für die Mammonisten abzugeben. Nein, schreiten wir zur Selbsthilfe auf dem Genossenschaftsweg. Produktivgenossenschaften auf der einen und Verbraucher- oder Arbeitergenossenschaften auf der anderen Seite werden ungeheure, ungerechtfertigte Zwischengewinne ausschalten, und beide, Erzeuger wie Verbraucher, kommen auf ihre Rechnung. Die arbeitsfähigen Wucherer können ja als Kohlengräber oder als landwirtschaftliche Arbeiter die vielverdienenden „hohen Arbeiterlöhne“ in Empfang nehmen. Wir kommen aus dem Elend nicht heraus, wenn nicht wenigstens die unproduktiven, ins Maßlose gesteigerten Zwischengewinne ausgeschaltet werden. Nicht Jammern und Klagen, sondern die Hände aus Werk zur Förderung der Genossenschaftsbewegung!

Die Bautätigkeit wurde im Jahre 1918 nur etwas durch Herstellung kriegswichtiger Bauten belebt. Der Wohnungsbau war ja schon in den vorangegangenen Kriegsjahren infolge Arbeiter- und Baustoffmangels eingestellt worden. Er ist bis heute noch nicht wieder richtig in Gang gekommen. Die Wohnungsnot ist eine ungeheure, Arbeitskräfte wären auch genügend vorhanden, und trotzdem wird, abgesehen von einigen wenigen Siedlungsbauten, im Wohnungsbau nichts getan. Wir stehen mit dem Wohnungsbau vor einer Katastrophe. Für das Jahr 1919 waren wohl über eine Milliarde Mark öffentlicher Mittel für Behebung der Wohnungsnot bereitgestellt worden. Verhältnismäßig wenige Wohnungen sind dafür gebaut worden. Die Baustoffknappheit, zum Teil eine Folge der Kohlennot, hat einen Wucherer begünstigt, der das Bauen, mit Ausnahme für Kriegs- und Revolutionsgewinnler, unmöglich macht. Die aus Reichs- und Staatsmitteln gewährten Uebersteuerungszuschüsse sind zum größten Teil als Uebergewinne in die Taschen der Baustoffhersteller und Materialhändler geflossen. Gegenüber den phantastischen Höhe geleisteten Baustoffpreisen muß alles Verstehe von den „hohen Bauarbeiterlöhnen“ verkommen. Die hohen Nominallöhne der Bauarbeiter sind nur eine Folge der wahnsinnigen Preissteigerungen, und lassen die Arbeiter trotzdem noch verkrumpfen, weil erstere lange nicht den Realwert haben, wie vor dem Kriege. Die Verteuerung der Bauten hat ihren hauptsächlichsten Grund in den hohen Materialpreisen, die bedeutende Unternehmer- und Händlergewinne einschließen. Soll eine Verbilligung des Bauens überhaupt und damit der Wohnungsherstellung eintreten, dann muß die Hand- und Kopfarbeiterkraft des Baugewerbes und der Baustoff-Industrien zur Gründung von Produktionsgenossenschaften übergehen. Durch die syndikalistische, behördlich gestützte Bewirtschaftung der Baustoffe ist eine Verteuerung derselben eingetreten, die weit über das durch gesteigerte Produktionskosten gerechtfertigte Maß hinausgeht, und die von den Dabeh, aber nicht Darin stehenden, nicht wird, aber nicht gahlenmäßig beuften werden kann. Auch mit den Gewinnen der Bauunternehmer steht es ähnlich. Hier kann nur Klarheit und Abhilfe geschaffen werden, wenn auf genossenschaftlichem Wege vorgegangen wird. Wir denken nicht daran, daß es möglich sei, das Baugewerbe und die Baustoffherzeugung in verhältnismäßig kurzer Zeit in Genossenschaften umzuwandeln oder zu verstaatlichen. Nein, durch derartige Genossenschaften müssen Preisregulatoren geschaffen werden, damit das Volk nicht mit unberechtigten Mietzinsen belastet wird und damit das Baugewerbe nicht ganz zum Erliegen kommt.

Das sind die Ausführungen, die die „Bauzeitung“ so erregt haben. Wir meinen, nur Schieber und Wucherer können daran Anstoß nehmen, niemals aber das reelle Unternehmertum, gegen das sie sich auch in keiner Weise richteten, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt. Mit keinem Worte ist die Ausschaltung des „gesamten Handwerkerstandes“ verlangt. Die Aufgaben der Bauproduktivgenossenschaften werden klar umgrenzt. Sie sollen Klarheit und Abhilfe im Preisverhältnis schaffen und also in der Hauptsache preisregulierend wirken. Das ist ein Ziel, dessen sittliche Berechtigung wir uns von niemand abstreiten lassen. Daß wir uns dabei von Utopien fernhalten, geht aus den beiden Schlüssen mit genügender Klarheit hervor. Darüber zu streiten, wo die Entwicklung der Bauproduktivgenossenschaften enden wird, halten wir für müßig, um so mehr, als diese Entwicklung der Beeinflussung durch die Unternehmer keineswegs entzogen ist. Je mehr diese die privatkapitalistischen Gesichtspunkte zurück- und die gemeinwirtschaftlichen hervortreten lassen, um so geringer ist für sie die Gefahr, „ausgeschaltet“ zu werden. Man wird im Unternehmerlager allgemein begreifen müssen, daß es in diesem Sinne umzulernen gilt. Das Zeitalter der privatkapitalistischen Wirtschaft mit ihrem Geiste des Profitgierens hat sich nun einmal überlebt. Neue, wirklich christliche Wirtschaftsformen müssen an die Stelle der alten treten. Die „Bauzeitung“ fände ein unendlich dankbares Arbeitsfeld, wenn sie ihre moraltheologischen Anschauungen einmal nach dieser Seite des Problems richten wollte. Dazu scheint ihr die Kraft und auch das Zeug

Am 4. Septbr. ist der sechshunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

zu fehlen. Das ist, wie wir anerkennen wollen, insbesondere dann sehr schwer, wenn man auf dem einen Auge blind ist und vor dem anderen eine Scheuklappe trägt. In Erkenntnis dessen wollen wir die weiteren Ausführungen der „Bauzeitung“ mit der gleichen stillen Erheiterung hinhören, wie auch die bisherigen.

Allgemeines

„Schwabronneure als Betriebsräte.“ Unter dieser Ueberschrift schrieb der „Vorwärts“ bereits vor einem Jahre:

„Entweder entwickelt sich das Rätesystem in unserer Wirtschaft zu einem Tummelplatz für Schwabronneure oder die zukünftigen Betriebsräte sehen sich rechtzeitig auf die Hosen und lernen in die Aufgaben hineinzuwachsen, suchen mit nüchternem Wirklichkeitsinn die Dinge zu meistern.“

Ganz in diesem Sinne schreibt jetzt die „Betriebsrätezeitung“ des sozialistischen Gewerkschaftsbundes:

„Es gibt viele Betriebe, deren Existenzbedingungen die denkbar ungünstigsten sind, die aber doch dank der Tüchtigkeit, des Fleißes und Ehrgeizes des Unternehmers noch rentieren, während durchaus günstig gelegene Betriebe infolge schlechter Leitung oder innerer Schwierigkeiten nicht rentieren, weil sie unwirtschaftlich arbeiten. Auch der sozialistische Betrieb, der unrentabel arbeitet, dient nicht, sondern schadet der Allgemeinheit. Ein städtisches Gas- oder Elektrizitätswerk, das schlecht geleitet ist, in dem die aufgewendete Arbeitskraft infolge mangelhafter Organisation oder ungenügender Arbeitsleistungen der Arbeitenden einen schlechten Rupeiswert hat und durch ständige Tarifierhöhungen für Gas oder elektrischen Strom auf Kosten der Allgemeinheit sich erhält, ist ein Geschwür am Wirtschaftskörper, das an ihm zehrt.“

Und an einer anderen Stelle: „Nur Phantasten, Nichtswisser, die von dem ungläublich seinen Apparat, den unsere heutige Wirtschaft bildet, keine richtige Kenntnis haben, sind es, die mit dem Schlagwort Sozialisierung oder Kommunalisierung ihre eigene Unwissenheit verschleiern wollen.“

Das sind ernste Wahrheiten, die aber gerade in jenem Lager von vielen nicht gerne gehört werden.

Übermalige Milderung des Steuerabzugs. Der Reichsfinanzminister hat sich mit folgenden Erleichterungen beim Steuerabzug einverstanden erklärt:

1. Uebersteigt der abzugsfähige Teil des Arbeitslohnes — auf das Jahr umgerechnet — den Betrag von 15 000 Mk, nicht aber den Betrag von 20 000 Mk, so sind bis auf weiteres von dem Teil des Arbeitslohnes, der auf das Jahr umgerechnet den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt, 10 vom Hundert, von dem übrigen Teil des Arbeitslohnes 15 vom Hundert einzubehalten.

2. Vom Abzuge bleiben bis auf weiteres frei besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Als regelmäßige Arbeitszeit gilt die Arbeitswoche zu sechs Arbeitstagen, der Arbeitsmonat zu 25 Arbeitstagen und das Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages, dem diese Bestimmungen zur Besprechung unterbreitet waren, hat in einer Entschließung die Regierung ersucht, im Wege von Ausführungsbestimmungen anzuordnen, daß bei der Berechnung des Arbeitsentkommens nicht in Anrechnung gebracht werden: Entschädigungen für Ueberstunden, Sonntagsarbeit, besondere Lohn- und Gehaltsaufschläge für Nachtarbeit, Vergütung außergewöhnlicher Extraleistungen, Aufwandsentschädigungen für Arbeiten außerhalb des Betriebes oder Reisen für den Betrieb.

Ein neuer Verband im Baugewerbe. Unter dieser Ueberschrift meldet die „Vossische Zeitung“: Eine wichtige Erlaubung ist, wie uns unser Leipziger Mitarbeiter meldet, am 15. August in Leipzig vorgenommen worden. Dort haben sich die Baumaterialien-Großhändler zu einem Verbande zusammengeschlossen, der sich kein geringeres Ziel gesetzt hat, als das gesamte deutsche Baugewerbe unter seine Fittiche zu nehmen. Dem Verband dürften nur solche Baumaterialien-Großhandlungen angehören, die schon vor dem Kriege bestanden haben. Der Verband beabsichtigt, unter Ausschluß der im Kriege entstandenen Schieberfirmen das Bau- und Siedlungswesen zu finanzieren. Zu diesem Zweck soll eine besondere Bank gegründet werden. Besonders will man den Siedlungsgesellschaften zu Hilfe kommen und glaubt, diesen das Bauen unter Ausschluß des sogenannten Plaghandels um etwa 20—30 Prozent verbilligen zu können.“

Ob die Ziele der Vergründung in der Tat so ausschließlich gemeinnützig sind, wie hier der Anschein erweckt wird, oder ob sich andere Absichten dahinter verbergen, läßt sich aus der kurzen Notiz nicht erkennen. Man wird wohl bald Näheres darüber erfahren.

Eine ungewöhnliche Rede an ungewöhnlichem Ort. war es, die der bekannte Sozialdemokrat und Landtagspräsident von Anhalt, „Genosse“ Peus, auf dem kürzlich in Magdeburg stattgefundenen Haus- und Grundbesitzerkongress gehalten hat. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ führte er aus:

„Das Haus ist im übertragenen Sinne ein erweiterter Hof. So wenig ein Mensch sein ganzes Leben hindurch einen besorgten Hof tragen will, so wichtig ist es, daß er Gelegenheit erhält, sein eigenes Heim zu besitzen. Hierzu die Möglichkeit zu schaffen, sehe er sich für die Ansparung des erforderlichen Kapitals ein. Die soziale Frage sei mehr als zur Hälfte gelöst, wenn jeder Mensch mindestens 10 000 Mark zum Wohnungserwerb ansparre, denn dann gebe es keine Proletarier mehr und auch der Hausbesitzer habe gleichzeitig die Gewähr, daß er nur sichere Mieter erhalte. Da aber freiwillig viele nicht zu dieser Sparsamkeit anzuhalten seien, müsse der Staat sie dazu zwingen. Er habe sich dieser Tage bereits für eine 50prozentige Erhöhung aller Mieten eingesezt, um den Hausbesitzern die Möglichkeit zur Verrückung der Hauskäufe zu geben. (Zuruf: Viel zu wenig!) Er sei auch bereit, sich für mehr einzusetzen, wenn man ihm die Notwendigkeit nachweise. Er wolle damit nur darauf, daß auch in seinen Kreisen mit der Anschauung gebrochen sei, daß die heutigen Mieten noch angemessen seien.“

Eine 50prozentige Mieterhöhung und gegebenenfalls mehr zugunsten der notleidenden Hausbesitzer? Ne, lieber „Genosse“ Peus, dieser „Moralismus“ geht uns entschieden zu weit; wir begnügen uns jedenfalls mit erheblich weniger. Eigenheime für Arbeiter, ja. Auch der Gebante, sie durch Sparen zu erwerben, ist an sich nicht übel. Aber wie und wovon soll der Arbeiter heute sparen? Das müßte Herr Peus uns schon verraten. Der von ihm beklammerte staatliche Sparzwang hat zur Voraussetzung, daß dem Sparsüchtigen ein entsprechendes Entkommen garantiert wird. Ein nicht gerade einfaches Beginnen. Man begreift, daß die sozialdemokratische Presse über die Wohnungsreformpläne ihres Genossen Peus nicht sonderlich erbaudet ist.

Nebenarbeiten sind steuerpflichtig. Das Reichsfinanzministerium weist in einem Rundschreiben an die Landesfinanzämter darauf hin, daß die sogenannten wilde Arbeit der Handwerksgehilfen, Arbeiter, Angestellten usw., sobald sie mit einer gewissen Nachhaltigkeit betrieben wird, als selbständiger Gewerbebetrieb anzusehen ist und deshalb jeder, der solche wilde Arbeit betreibt, sowohl nach § 14 der Gewerbeordnung seinen Betrieb polizeilich anzumelden als auch nach den Vorschriften der Gewerbesteuergeetze und insbesondere nach § 30 des neuen Umsatzsteuergeetzes den Steuerquellen von dem Beginn des Betriebes Anzeige zu erstatten und demnächst Steuererklärungen abzugeben hat. Das Rundschreiben spricht sich weiter dahin aus, daß es schwer sei, diese wilden Gewerbebetriebe steuerlich zu erfassen und gibt den Finanzbehörden anheim, dabei in erster Linie die Preise des legitimen Gewerbes zur Mithilfe heranzuziehen.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Frankfurt a. M.

Die Erneuerung des Tarifvertrages war für das hiesige Gebiet mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden. Verhandlungen, die bereits im Mai und Juni stattfanden, scheiterten an der ablehnenden Haltung des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes in der Lohnfrage. Am 7. Juli gelang es endlich durch einen Vergleichsvorschlag des Verhandlungsleiters, Herrn Stadtrat Dr. Saran, eine Einigung der Parteien zustande zu bringen. Der Vorschlag ist den im hiesigen Gebiet beschäftigten Kollegen bekannt und inzwischen in einem Bezirksvertrage niedergelegt. Eine Veröffentlichung desselben erscheint somit überflüssig.

Mit dem Abschluß des Vertrages war aber den Bauarbeitern der vereinbarte Lohn noch lange nicht überall garantiert. Ein erheblicher Teil der Unternehmer gehört der Organisation nicht an. Sie lehnten daher, um ihr soziales Gewissen nicht allzusehr zu belasten, vorzichtiger Weise die Anerkennung der bisher getroffenen Vereinbarungen ab. Die Schlichtungsausschüsse von Fulda, Limburg und Marburg, die angerufen wurden und mit ihren Entscheidungen hinsichtlich der Löhne noch unter den vertraglichen Bedingungen verblieben, fanden auch keine Gegenliebe, denn die Unternehmer lehnten auch die Erfüllung der Schiedssprüche ab. Unter diesen Umständen waren Arbeitseinstellungen nicht mehr zu verhindern und fanden diese in Kirchhain, Limburg, Fulda und Marburg statt. Der Kampf endete in den beiden ersten Orten mit einem Teilerfolg (Anerkennung der Schiedssprüche) in den beiden letzten Orten dagegen mit einem vollen Erfolg, der in der Anerkennung der Tarifverträge bestand.

Inzwischen sind die Vereinbarungen vom 7. Juli überholt und ist ein neuer Abschluß erfolgt. Angeregt durch die Vereinbarungen in Handel und Industrie, die den Steuerabzug durch eine Lohnerhöhung ausgleichen, forderten auch die Bauarbeiter einen 10prozentigen Lohnzuschlag. Infolge der schwierigen Lage, in welcher sich der größte Teil unserer Kollegen befindet, konnte man dieser Forderung die Berechtigung nicht absprechen. Am 20. August fanden Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband statt, die sehr schwierige Natur waren und wiederholt zu scheitern drohten. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Der Verhandlungsleiter, Herr Dr. Saran, machte daraufhin folgenden Vergleichsvorschlag: Ab 19. August soll eine Lohnzulage eintreten in Lohngruppe 1 um 40 Pf., in Lohngruppe 2 um 35 Pf., in Lohngruppe 3 um 30 Pf., in Lohngruppe 4 um 25 Pf., in Lohngruppe 5 um 20 Pf. Junggeheilen erhalten in allen Lohngruppen im ersten Geheilenjahr 10 und im zweiten Geheilenjahr 20 Pf. mehr. Jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 17 Jahren erhalten ebenfalls 10 und von 17—19 Jahren 20 Pf. in allen Lohnklassen mehr. In Schaafhausen werden ebenfalls 30 Pf. pro Stunde zugelegt. Der Steuerabzug ist damit abgegolten, die Lohnsätze gelten bis 31. Oktober.

Es ist nun Sache der Bauarbeiter, dafür zu sorgen, daß diese Vereinbarungen auch überall zur Durchführung gelangen.

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Bezirk Düsseldorf

In der am Sonntag, den 18. August, im Restaurant „Storch“ stattgefundenen Versammlung der Polier-Sektion des christlichen Bauarbeiterverbandes Düsseldorf wurde nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten beschlossen, jeden ersten Sonntag im Monat im Restaurant „Zum Storch“, Hochhausplatz, eine Mitgliederversammlung abzuhalten. Besondere Einladungen sollen nicht mehr versandt werden. Wir bringen den Mitgliedern dies hiermit zur Kenntnis und hoffen, daß die Kollegen die Versammlungen ebenjotig bejuchen werden, wie zuvor.

Der zweite Punkt der Tagesordnung erstreckte sich auf die Beratung des Tarifvertrages. Der 1. Vorsitzende, Kollege Schöpper, gab bekannt, daß die von der Bundesleitung vollzogene Vereinbarung eines Vertragsentwurfes getilgt worden sei ohne Hinzuziehung der beiden gewerkschaftlichen Bauarbeiterverbände, was allgemeine Enttäuschung bei den Mitgliedern hervorrief. Diese Handlungsweise des Bundesvorstandes kann man, nach seiner ganzen bisherigen Haltung, wohl verstehen, und erübrigt es sich, hier näher darauf einzugehen. Auch wurde festgestellt, daß die in der Vereinbarung der Bundesleitung vorgesehene Lohnregelung eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem alten Tarifvertrag darstellt. Der Düsseldorfer Polierverein ist nun in derselben Weise bezüglich der Verhandlung in Düsseldorf verfahren, wie der Bundesvorstand, obgleich man sich bei der Vorberatung des Tarifes mit den gewerkschaftlichen Organisationen dahingehend geeinigt hatte, zu den offiziellen Verhandlungen eine gemeinschaftliche Lohnkommission zu ernennen, was jedoch nicht geschehen ist. In der Mitgliederversammlung des Poliervereins, wozu unsere Kommissionsmitglieder eingeladen waren, beurteilten unsere Kollegen das selbständige Vorgehen des Poliervereins. Ein Mitglied des Bundes ließ sich bei der Aussprache zu der Äußerung hinreißen: „Die paar Christlichen haben wir bei dem Tarifabschluß nicht notwendig“, was selbst in den Reihen der Bundesmitglieder scharf verurteilt wurde. Wir verargen das dem Kollegen gar nicht, gesagt sei ihm aber doch, daß durch solche naive Ausdrucksweise die gute Entwicklung der christlichen Polier-Sektion in Düsseldorf nicht aufzuhalten ist. Dem Polierverein Düsseldorf scheint dies wohl nicht so recht zu behagen, aber je mehr er den Pendel nach links schlägt, desto eher werden auch die noch christlich denkenden Poliere im Polierverein zu der Einsicht kommen, daß für sie dort kein Platz mehr ist. Für unsere Kollegen aber müssen diese Vorgänge ein Ansporn sein, dafür Sorge zu tragen, daß alle Poliere, die auf unserem Boden stehen, restlos der Sektion der Poliere des christlichen Bauarbeiterverbandes zugeführt werden.

zur die alten Kollegen zahlreich erschienen. Kollege Hoff eröffnete die Versammlung, besprach die allgemeine Gewerkschaftslage und munterte die Kollegen zum treuen Zusammenhalten und zur gemeinsamen Arbeit auf, um unseren Verband auch hier zu seiner früheren Blüte zu bringen. Auch regte er die Kollegen zum öfteren und zahlreichen Besuch der Versammlungen an, um eine bessere Schulung herbeizuführen, welche jetzt überaus notwendig ist. Kollege Finke bekräftigte die Worte des Koll. Hoff und besprach die Wichtigkeit der geistigen Schulung. Da in Hindenburg noch keine richtige Ortsgruppe besteht, wurde die Gründung einer solchen alsbald vorgenommen. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: Koll. Robert Watzjak als 1. Vorsitzender, Koll. Johann Kubikel als 2. Vorsitzender, die Kollegen Paul Hoff als 1. und Strypzel als 2. Schriftführer. Kassierer sind nicht gewählt worden, da der jetzige Kassierer, Koll. Bull, nicht anwesend war und dieser das Amt als solcher wahrscheinlich auch weiter gehalten wird. Nach Beendigung der Wahlen besprach Kollege Hoff noch die überaus traurigen Quartierverhältnisse, worin auch Hilfe geschafft werden mußte. Da Kollege Hoff sich nunmehr der Verbandsangelegenheiten hauptsächlich für den Hindenburg-Bezirk angenommen hat, wird nun tüchtig darauf hingearbeitet, daß unsere Ortsgruppe mindestens auf ihre frühere Höhe gelangt. Erfreulich ist der Zuwachs, der sich in der letzten Zeit bemerkbar machte. Den Kollegen wird hiermit noch zur Kenntnis gegeben, daß von nun an alle 14 Tage, stets Donnerstags um 7 Uhr, in Eisners Lokal eine Mitgliederversammlung stattfindet. Die Kollegen werden gebeten, diese stets recht zahlreich zu besuchen.

Jobensbüren. Am 22. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Buchmann erstattete zunächst Bericht über die Tarifverhandlungen. Nach hartem Kampfe sei endlich ein Tarif zustande gekommen, und zwar durch einen Schiedspruch. Wenn auch die Wünsche der Kollegen nicht ganz befriedigt seien, so sei der Erfolg doch ein erfreulicher. Auch für die Maurerlehrlinge sei mit den Unternehmern brüßlich verhandelt und ein guter Erfolg erzielt worden. Dieselben erhalten im ersten Jahre ein Viertel, im zweiten Jahre die Hälfte und im dritten Jahre drei Viertel des jeweiligen Gesellenlohnes. Für Immererlehrlinge sei eine Einigung leider noch nicht erzielt. Sodann berichtete Koll. Buchmann über die Verhandlungen, betreffend Kartoffelversorgung. Nach fünfständiger Verhandlung mit den Landwirten sei ein Preis von 18 M pro Zentner vereinbart worden. Hierauf sprach Kollege Zwiethaus-Dsnabrid über das Thema: „Warum haben wir in Deutschland christliche Gewerkschaften?“ Redner schilderte eingehend die Entwicklung der Gewerkschaften und wies nach, daß von Anfang an die Sozialdemokratie versucht habe, die Gewerkschaften unter ihren Einfluß zu bringen. Dies sei ihr auch völlig gelungen. Gätten doch Führer wie Böhmeltung selbst erklärt: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins.“ Ferner bewies Redner an Hand reichhaltigen Materials die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften. Große Geldsummen aus den Kassen der freien Gewerkschaften seien der Sozialdemokratie zu Agitationszwecken bei allen Parlamentswahlen überwiesen worden. Dies hätten die christlich denkenden Kollegen sich nicht länger gefallen lassen können. Warme Worte der Anerkennung zollte Redner dem Kollegen Buchmann für seine unermüdete Tätigkeit für den Verband, und forderte die Kollegen auf, ebenfalls in dieser Weise mitzuhelfen und allen, welche ihnen den Vorwurf machten, die christlichen Gewerkschaften seien die Bersplitterer der Arbeiterbewegung, oben genannte Tatsachen entgegenzusetzen und ebenso rücksichtslos wie die Genossen für unseren Verband zu werden. — Kollege Buchmann berichtete noch über eine Versammlung in Mettingen. Dort hätten die Kollegen bittere Klage geführt über die Maurer der Kohlenzeche. Dieselben hätten ganze Neubauten übernommen und führten dieselben nach Feierabend aus, wodurch den Bauarbeitern die Arbeit genommen würde. Es seien sofort Schritte unternommen durch Eingaben an die Zechenverwaltung und Bergarbeiterverbände. Auch seien dem Finanzamt die Namen dieser auch-Kollegen mitgeteilt worden, damit sie wenigstens zur Besteuerung dieses Einkommens herangezogen würden. Kollege Zwiethaus bemerkte hierzu, daß Klagen über Scharwerkarbeiten sehr viel erhoben würden. Es sei deshalb von der Regierung geplant, diese Arbeiter als selbständige Gewerbetreibende zu betrachten und dementsprechend zu allen Steuern heranzuziehen. Pflicht aller Kollegen sei es daher, rücksichtslos diese Kollegen dem Verbannde namhaft zu machen, welcher das Weiterer veranlassen werde. Kollegen, welche in solch schaffer Weise an der Gesamtheit der Arbeiter handelten, verdienen keine Schonung. — Die nächste Versammlung findet am 18. September statt. — Am 11. Uhr tagte hierauf eine Versammlung der Steinbrucharbeiter der Bahnhalle Dropterbek. Kollege Zwiethaus sprach hier über die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften. Redner schilderte eingehend die Kämpfe, welche die Gewerkschaften geführt hätten, um sich Anerkennung bei den Unternehmern zu verschaffen. Er erwähnte weiter die Forderungen, welche der Krieg und die Revolution an wirtschaftlichen Gebiete hervorgerufen haben und welche Rechte dem Arbeiter jetzt im Arbeitsverhältnis zugesprochen seien. Redner wies nach, daß diese Vorteile nur durch eine geschlossene Organisation gewahrt werden können und forderte die Kollegen zum Schluß auf, unermüdt für den Verband tätig zu sein. Sodann wurde zu dem am 31. August ablaufenden Tarifvertrag Stellung genommen. Die Kollegen waren einstimmig für Kündigung beschließen. Die Kündigung wurde damit begründet, daß anders in der Nähe liegende Teile einen bedeutend höheren Lohn zahlen. Kollege Zwiethaus wurde beauftragt, das Petere zu veranlassen. — Sie ans A h e i n e mitgeteilt wird, begründen die dortigen Unternehmern ihre hohen Löhnegeber auf einseitige Petre. In einer Sitzung der Bauwerksammer erklärte ein Herr, diese Forderungen seien völlig nur die hohen Metallpreise zu bedeu, denn die Arbeiter en-mendren

den Unternehmern das Material, um damit abends nach Feierabend Scharwerkarbeit zu verrichten. Die Bauarbeiter, soweit sie dem christlichen Bauarbeiterverband angehören, werden diesem Herrn Gelegenheit geben, da Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen, denn eine derartige Verleumdung werden dieselben nie unter keinen Umständen gefallen lassen.

Münster i. W. (Etwas zur Erweiterung unserer Kollegen im Münsterlande.) In Nr. 34 des „Grundstein“ der Verbandszeitung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, steht folgendes wörtlich zu lesen: „Auch in schwarzen Münsterlande hat sich der Deutsche Bauarbeiterverband Bewegungsfreiheit verschafft. Es bestehen in 11 Orten Vereine und in sieben Orten haben wir Einzelmitglieder. Die frühere Ueberlegenheit der christlichen Organisation ist erloschen.“ In zweitem Quartal wurden für die Hauptkasse 15 848,40 M eingenommen. Die Lokalkasse hatte einschließlich Kassenbestand 14 830,41 M Einnahmen und 7080,91 M Ausgaben, so daß ein Bestand von 7769,50 M verblieb. Die Mitgliederzahl ist von 1068 auf 1308 gestiegen.“ — Inzwischen, nun ist erreicht, im schwarzen Münsterlande herrscht der rote Bauarbeiterverband, so werden die gläubigen Genossen jubeln. Unsere Mitglieder brauchen in ein schallendes Gelächter aus ob dieser Behauptung und fragen: Wie groß ist die in obigen Zeilen aufgeschrittene Windbeutel? Hier die Zahlen unserer Einnahmen im demselben Verbreitungsgebiet, auf welches sich der Zweigverein Münster des Deutschen Bauarbeiterverbandes erstreckt: Einnahmen für die Hauptkasse 1. Quartal unserer Verband 40 127,80 M , Lokalkasse 21 745,88 M ; Deutscher Bauarbeiterverband 15 848,40 M , Lokalkasse 14 830,41 M . Mitglieder: Christlicher Bauarbeiterverband 2769, Deutscher Bauarbeiterverband 1308. Zu den Einnahmen für die Hauptkasse unseres Verbandes kommt dann noch die Summe der vereinnahmten Extrabeiträge, die beim Bauarbeiterverband nicht erhoben wurden, weshalb wir sie auch in der Aufstellung nicht mit aufzählten. Dagegen liegen in der Summe der Lokaleinnahmen des Deutschen Bauarbeiterverbandes auch noch die Einnahmen aus einem lokalen Extrabeitrag, der auf 5 M für jedes Mitglied festgesetzt war. Daraus erklärt sich auch die etwas niedrigere Einnahme der Lokalebeiträge für unseren Verband, wenn sie prozentual auf den Kopf des Mitgliedes umgerechnet wird. — Also in der Phantastie der Genossen ist im Münsterlande die Ueberlegenheit unserer Organisation erloschen. Dieser „fromme Wunsch“ wird noch lange unerfüllt bleiben, und unsere Mitglieder des Münsterlandes werden durch scharfe Verarbeitung dafür sorgen, daß er niemals in Erfüllung geht. Die „Wahrheitsliebe“ der Gegner wird hier wieder einmal blühartig beleuchtet. Aus Vorstehendem mögen unsere Kollegen die richtige Lehre ziehen und vor allem dafür sorgen, daß sie sich auf jeder Baustelle selbst einen Baubelegierten wählen, damit sie von der „Wahrheitsliebe“ der Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes nicht besondere Kostproben bekommen bei der Durchführung der Tarifbestimmungen, bzw. bei Entlassungen.

Verbandsnachrichten

Berlin. Sehr anregend verlief unsere letzte Mitgliederversammlung am 13. August d. J. Nachdem einige Verbandsangelegenheiten bekanntgegeben waren, nahm der Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollege Winter, das Wort und lenkte die Aufmerksamkeit in seinem fünfviertelständigen Vortrag die Stellung der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Sozialdemokratie. Trotzdem sich das Stärkeverhältnis der beiden Gewerkschaftsrichtungen zu unseren Gunsten gebessert hat, ist der Terror, dem unsere Kollegen oft ausgesetzt sind, ein großer. Deshalb ist Schulung der Kollegen notwendig. Vor allem müssen wir das Programm unserer Gewerkschaftsbewegung kennen, um die Angriffe von gegnerischer Seite abwehren zu können. Wie uns, so ist auch ihnen ihre Weltanschauung Religion. Wir haben vieles mit ihnen gemein, doch sind die Wege dorthin verschiedene. Die wirtschaftliche und soziale Not, in die viele Kreise unseres Volkes trotz des vorhandenen Reichtums gedrängt waren, hat die Menschen in die Sozialdemokratie geführt. Von ihr versprach man sich alles Heil. Auf Grund ihrer falschen Erziehung konnte sie das, was von Marx im kommunistischen Manifest und was weiter im Exkurier Programm niedergelegt ist, nicht zur Ausführung bringen. Wir leiden Not, wohnen in den Großstädten zusammengepfercht, zahlen hohe Mieten und Steuern, von denen nur ein geringer Teil des Volkes den Nutzen einheimst. Deshalb verlangen wir eine Wirtschaft, die auf dem Gemeinwohl aufbaut ist. Das erreichen wir nicht durch fortpflanzende und wahllose Volksozialisierung. In vielen Wirtschaftszweigen wird, wie die Erfahrung lehrt, durch Sozialisierung nichts erzielt. Auszugehen ist von der Sozialisierung der Pressquellen, des Grund und Bodens, des Bau- und Verkehrswesens, der Betriebsanstalten. Die Spekulation mit Grund und Boden muß sofort und radikal unterbunden werden. Auf dem Gebiete des Gewerbes sind viele ungenutzte Gewinne erzielt und dadurch Wirtschaftskrisen verschuldet worden. Auch der Krieg ist letzten Endes eine Folge des ungeheuren Geldwunders. Wenn wir diese Ideen verbreiten und dafür eintreten, wird es uns bald sein alle Angriffe abzuwehren. Mit regem Interesse folgte die Versammlung diesen Ausführungen und zog Diskussion, in der auch die Gründung von Gewerkschaften in der Sprache kam, welche den Redner begeisterte. Im Schlußwort hob Kollege Winter noch hervor, daß er durch seinen Vortrag Anregungen habe geben wollen, worauf die Kollegen weiterwiesen waren, um sich immer tiefer in die Ideen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung hineinzufinden. Rufe auf das Schlußwort, mit dem der Vortrag abgeschlossen wurde, die Zeit schon.

Hindenburg. Am 19. August fand im Eisenwerk S... die unsere Mitgliederversammlung statt. Redner waren

Verbandsnachrichten

Hindenburg. Am 19. August fand im Eisenwerk S... die unsere Mitgliederversammlung statt. Redner waren

Bekanntmachung

Warnung!
Zu der Warnung des Kollegen Dange in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ sei noch mitgeteilt, daß dieser Benjamin Nybla aus Reuthen auch in Koblenz sein Unwesen getrieben und eine ganze Reihe Geistlicher, Unternehmer und auch den Untergeldern mit 50 M angeschwindelt hat, wofür er ein Paar alte Schuhe verfehle, die ihm ein Unternehmer geschenkt hatte. Falls er wieder irgendwo auftaucht, mögen die Kollegen ihn sofort der Polizei übergeben, damit ihm das Handwerk gelegt wird.
Koblenz. Jos. Preuss.

Sterbetafel.

- Am 21. Juli starb unser lieber Kollege **Karl Hartmann** an einem Nierenleiden, das er sich im Felde zugezogen hatte. Seit 1905 war er Mitglied unseres Verbandes. Sein bescheidenes Wesen und sein edler Charakter werden ihn bei uns als Vorbild fortleben lassen.
Ortsgruppe Bochum.
 - Am 17. August starb unser Kollege **Hugo Langen** im Alter von 18 Jahren an Sungenleiden.
Verwaltungsstelle Sieburg.
 - Am 21. August starb unser treuer Kollege **Josef Siehl** (Bimmermann) infolge Aukrebrankung. Eine Bitte und vier unmündige Kinder stehen weinend an seiner Bahre.
Verwaltungsstelle Mühlberg a. Snn.
 - Am 21. August starb durch Unfall in der Bauabteilung des „Rhönit“ unser lieber Kollege **Herrmann** im Alter von 33 Jahren. In dem Kollegen Mannmann verlieren wir ein altes, treues Mitglied, das stets und überall für die Interessen unserer christlichen Gewerkschaften eintrat.
Ortsgruppe Siebe (Westf.).
 - Am 23. August starb unser treuer Kollege und Vertrauensmann **Bernhard Wolf** (Maurer) infolge Typhus im Alter von 38 Jahren.
Verwaltungsstelle Weel.
- Ehre ihrem Andenken!